

Auch Julius Bär muss in den USA mit hoher Busse rechnen

Sebastian Bräuer
25. Mai 2014



Julius Bär droht eine hohe Busse.
(Bild: GIAN EHRENZELLER / Keystone)

Unterlagen der US-Justiz legen nahe, dass Julius Bär beim Abschied aus den USA nicht immer konsequent war.

Schon seit den späten siebziger Jahren besass der vermögende US-Bürger aus South Carolina ein Schwarzgeldkonto bei Julius Bär. Im November 2009 meldete sich sein Kundenberater aus Zürich per Telefon: Das Konto müsse geschlossen werden. Der Druck aus den USA auf Schweizer Banken werde zu gross.

Bis hier entlastet die Einzelfallschilderung aus einer Klageschrift der US-Staatsanwaltschaft die Privatbank. Im Jahr 2009, nach dem Vergleich der UBS im Steuerstreit, versuchte Julius Bär genau wie andere Banken, amerikanische Schwarzgeldkunden vor die Tür zu setzen.

Doch wenn die schon vor einiger Zeit erhobenen Vorwürfe der US-Justiz zutreffen, ging das Telefongespräch anschliessend noch weiter. Demnach legte der Berater dem Kunden nahe, das Geld weiter bei Julius Bär anzulegen. Er müsse einfach einen externen Vermögensverwalter als Strohmännchen einsetzen. Später reichte der Berater eine Liste möglicher Mittelsmänner nach: Allesamt ehemalige Mitarbeiter von Julius Bär, die sich selbständig gemacht hatten. Trifft das zu, empfahl der Berater einen schlichten Trick, um den US-Bezug

der Gelder zu verschleiern, im vollen Bewusstsein, damit den Fiskus in Washington zu hintergehen.

Der Verdacht, dass eine Gruppe jetziger und ehemaliger Angestellter von Julius Bär die Abkehr vom Schwarzgeldgeschäft torpedierte, wiegt schwer. Bei der Credit Suisse (CS), die sich in der Nacht auf Dienstag in den USA schuldig bekennen musste, ist die Busse nicht nur wegen der eigentlichen Tat, Beihilfe zur Steuerhinterziehung, in unerwartete Höhen gestiegen. Sondern vor allem auch wegen des Vorwurfs mangelnder Kooperation bei der Aufarbeitung. Selbst der vermeintlich weniger zentrale Umstand, dass einige E-Mails nicht mehr auffindbar waren, kostete Geld.

Zudem hat – wie die CS – auch Julius Bär nicht nur passiv undeklarierte Gelder angenommen, wenn die Informationen der Staatsanwaltschaft korrekt sind. Berater eröffneten Konten mit Tarnnamen wie «Hydrangea» oder «Red Rubin» und trafen ihre Kunden in Hotels in Manhattan, wofür sie eine Lizenz benötigt hätten. Sie warben mit dem Argument, die Steuerbehörde IRS werde von all dem nichts erfahren, weil Julius Bär im Gegensatz zu anderen Banken keine Niederlassung in den USA besitze.

Nach der Bekanntgabe der Credit-Suisse-Einigung haben einige Analysten umgehend ihre Berechnungen, wie viel Julius Bär bezahlen dürfte, nach oben korrigiert. «Bisher haben sich meine Schätzungen in einer Bandbreite zwischen 300 Mio. Fr. und 400 Mio. Fr. bewegt», sagt Andreas Brun von der Zürcher Kantonalbank. «Jetzt wird in Analystenkreisen über Bussen von bis zu 1 Mrd. Fr. spekuliert.»

Julius Bär wird, auch im Verhältnis zur Grösse ihres US-Geschäfts, weniger bezahlen als die CS. Von deren Gesamtstrafe (2,815 Mrd. \$) erhält ein Bankenregulator in New York 715 Mio. \$ und die amerikanische Notenbank 100 Mio. \$. Weil Julius Bär in den USA keine Banklizenz mehr besitzt, fallen diese beiden Posten weg.

Es bleibt die Busse an das Justizministerium. Die Analysten der Bank am Bellevue rechnen seit dieser Woche mit 835 Mio. \$. Diese Zahl ergibt sich auf Basis der Annahme, dass Julius Bär in der Spitze 5 Mrd. \$ an US-Geldern verwaltete und darauf an das Justizministerium den gleichen prozentualen Anteil zahlen muss wie die Credit Suisse. Die Schätzung scheint realistisch, wenn auch mit Unsicherheiten behaftet: Bankchef Boris Collardi hat erklärt, dass Julius Bär nie mehr als einen einstelligen Milliardenbetrag an US-Geldern verwaltet habe, ohne einen exakten Betrag zu nennen. Mit 5 Mrd. \$ speist die Bank am Bellevue einen mittleren Wert in ihr Modell ein.

Zum Stand der Verhandlungen äussert sich Julius Bär nicht. Für undenkbar wird eine Busse von 835 Mio. \$ intern nicht gehalten. Ein Banksprecher verweist allerdings darauf, dass der Konsens vor kurzem bei einer Roadshow noch zwischen 300 Mio. Fr. und 500 Mio. Fr. gelegen habe.

Sorgen um die Eigenmittelsituation haben Vertreter der Bank bis jetzt nicht. Julius Bär besitzt ein Überschusskapital von 700 Mio. Fr., könnte aber im Extremfall laut eigener Berechnung sogar 1,2 Mrd. Fr. aufbringen, ohne die regulatorischen Vorschriften zu unterschreiten.

Zumindest spricht alles dafür, dass sich die Auseinandersetzung jetzt, nach der Einigung der CS, rasch abschliessen lässt. In den vergangenen Monaten lagen die Verhandlungen zwischen den US-Behörden und den Banken der «Gruppe 1», zu denen Bär gehört, auf Eis. Bei manchen Instituten reagierte Washington zeitweise nicht einmal auf Briefe oder E-Mails.

Doch das wird sich schnell ändern. «Das wahrscheinlichste Szenario sind Abschlüsse im Juli», sagt jetzt ZKB-Analyst Brun. Er rechnet damit, dass das Justizministerium vorher die Datenlieferung der «Gruppe 2»-Banken abwartet, die bis Ende Juni abgeschlossen sein muss.

Auch bei den Kantonalbanken aus Zürich und Basel stehen somit in absehbarer Zeit Vergleiche bevor. Beide müssen mangels US-Lizenz ebenfalls nicht mit einer Busse an den New Yorker Bankenregulator und die Notenbank rechnen. Trotzdem steigt die Nervosität: Die Partizipationsscheine der BKB verloren am Tag nach der CS-Einigung deutlich an Wert.